

Das Leben leichter machen – Der Sozialstaat als Partner

Auf einen Blick:

- Wir wollen einen Sozialstaat als Partner, der sich an Lebenslagen und Bedürfnissen von Bürger:innen orientiert und nicht an Rechtskreisen und Zuständigkeiten. Wir wollen einen Sozialstaat, der sich an denen orientiert, die ihn brauchen, nicht an denen, die ihn missbrauchen könnten. Wir wollen einen einfachen Zugang und – wo immer möglich – automatische Leistungen.
- Alle Bereiche des Sozialstaats müssen wohnortnah, barrierefrei und wenn möglich digital und wo nötig aufsuchend erreichbar sein.
- Dies gilt gerade auch für die Leistungen einer präventiv wirkenden und flächendeckenden, guten Gesundheitsversorgung.
- Wir wollen sicherstellen, dass alle Menschen, die Ansprüche auf soziale Leistungen und Unterstützung haben, diese auch einfach und unbürokratisch erhalten. Auch im Fall geteilter Zuständigkeiten wollen wir Hilfe und Unterstützung wie aus einer Hand.
- Wir wollen einen Sozialstaat, der vorsorgend und präventiv arbeitet und informiert, der Beschäftigte im Arbeitsleben aktiv unterstützt und die Lebensplanung erleichtert.

Zielsetzung

Unser Sozialstaat hält – bei allen Modernisierungs- und Verbesserungserfordernissen – eine Vielzahl guter und wichtiger Leistungen für die Bürger:innen bereit. Allerdings kennen nur die wenigsten alle Leistungen, verstehen ihr Zusammenspiel oder wissen, wo sie passgenaue Unterstützung bekommen. Denn die Leistungen sind oftmals intransparent, kompliziert und der Weg dahin ist meist mit bürokratischen Hürden versehen.

Wir wollen daher für alle Menschen in Deutschland das Leben leichter machen, indem der Sozialstaat sich an den Lebenslagen und Bedürfnissen von Bürger:innen orientiert und nicht an Rechtskreisen und Zuständigkeiten. Den Zugang zu den zahlreichen Leistungen des Sozialstaates wollen wir so einfach wie möglich gestalten. Dies gilt auch und insbesondere für unsere Gesundheitsversorgung, indem wir vor Ort innovative und passgenaue Beratungs- und Behandlungsmöglichkeiten eröffnen. Niemand darf mehr von einer Stelle zur nächsten verwiesen werden. Zuständigkeitsgrenzen dürfen für Bürger:innen nicht zu unüberwindbaren Hürden werden. Der Staat sollte sich als Anlaufstelle begreifen und Menschen dabei unterstützen, Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Antragsverfahren müssen einfach und

Verwaltungsverfahren nachvollziehbar sein. Wir wollen damit das Vertrauen in den Sozialstaat stärken und ihn so gestalten, dass er vorsorgend und präventiv arbeitet und damit die Lebensqualität verbessert.

Umsetzung

Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir unter dem Arbeitstitel „Bürgerservice“ an einer zentralen Anlaufstelle arbeiten, die für alle Bürger:innen, wohnortnah, barrierefrei und digital einfach erreichbar ist. Der Bürgerservice soll den Menschen dort zur Verfügung stehen, wo sie ihn benötigen. Dies kann im Quartier, aber auch am Arbeitsplatz, aufsuchend oder im digitalen Raum sein.

Es geht ausdrücklich nicht um eine zusätzliche Anlaufstelle, sondern eine, die Aufgaben bündelt und präventiv agiert und so Bürokratie für Bürger:innen abbaut. In den Bürgerservicestellen soll dazu eine personenzentrierte Beratung zu allen Leistungen des Sozialstaates erfolgen. Konkret bedeutet das für die Beratung: Sie soll sich nicht an Rechtskreisen und finanziellen Zuständigkeiten orientieren, sondern immer am Einzelfall und dessen individuellem Hilfe- und Unterstützungsbedarf. Sie muss sich also an den vielfach auch komplexen Lebensverläufen und -situationen der Bürger:innen orientieren und ihnen gerecht werden.

Gerade während der Pandemie wurde deutlich, wie wichtig eine an Lebenslagen orientierte Beratung zum Beispiel für Kulturschaffende und Selbständige mit ihren unterschiedlichen Erwerbsformen gewesen wäre. Aber auch abseits der Pandemie ist deutlich geworden, dass der Sozialstaat die Menschen dort abholen sollte, wo sie, wie beispielsweise am Arbeitsplatz, sehr viel Zeit verbringen. Daher ist es von besonderer Bedeutung, dass wir die Kooperation der Sozialversicherungsträger bei der Prävention in den Betrieben stärken und ausbauen. Mit dem Modellprojekt zum Ü-45-Check Up ermöglichen wir zum Beispiel in einem ersten Schritt der Rentenversicherung die aktive Ansprache von Versicherten, um zu klären, ob und wie sie in ihrem aktuellen Beschäftigungsverhältnis bis zum Rentenbeginn arbeiten können oder ob ihre gesundheitliche Verfassung kurz- oder langfristig Unterstützungsbedarf durch gesundheitsfördernde Maßnahmen oder Weiterbildungsangebote erfordert.

Besonders Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf wie chronisch kranke Menschen oder die in einer akuten Notlage zum Beispiel bei einem kurzfristigen Pflegefall sind, benötigen in der Regel ein leicht zugängliches und verständliches Beratungsangebot. Im Idealfall erhalten insbesondere diese Menschen – soweit es möglich ist – automatisch ihre Leistungen.

Zum Gelingen unseres Sozialstaats und zum Aufbau eines Bürgerservices können und müssen sowohl Bund, Länder, Kommunen und die Sozialversicherungsträger beitragen. Und sie tun das auch tagtäglich. Aus dieser täglichen Arbeit entsteht ein großer Erfahrungsschatz. So werden bei einzelnen Trägern oder in den Ländern immer wieder neue und innovative Lösungen gefunden. Die Einrichtung von Sozialbüros in Kommunen, in denen umfassend über Leistungen des Sozialstaats beraten wird, sind zukunftsweisende Beispiele.

Auf Initiative der SPD haben wir daher im Koalitionsvertrag vereinbart, eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe einzurichten, die die Erfahrungen, aber auch die Problemstellungen der verschiedenen Ebenen sammelt und Vorschläge erarbeiten soll, wie wir den Menschen das Leben leichter machen können. Mit den ersten Ergebnissen dieser Arbeitsgruppe rechnen wir Ende 2024.

Aber auch abseits der Bund-Länder-Arbeitsgruppe haben wir schon konkrete Maßnahmen umgesetzt oder bereiten sie aktuell vor, um den Menschen das Leben leichter zu machen, den Sozialstaat zu modernisieren und auf Hilfen wie aus einer Hand hin zu arbeiten.

Mit der Grundrente haben wir in der letzten Legislaturperiode gezeigt, dass eine neue Rentenleistung bürgerfreundlich ganz automatisch ohne Antrag an Rentner:innen ausgezahlt werden kann. Mit der digitalen Rentenauskunft haben wir die Voraussetzung geschaffen, dass Bürger:innen auf unkomplizierte

Weise in Erfahrung bringen können, wie hoch ihre verschiedenen Rentenzahlungen später mal sein werden. Dies erleichtert den Menschen ihre Lebensplanung.

Mit der Bürgergeldreform, einer der größten Sozialreformen der letzten 20 Jahre, haben wir die Beratung von Arbeitsuchenden und deren Familien ausgebaut, individualisiert und mehr an deren Lebenslagen angepasst. Die Jobcenter haben vor Ort den Auftrag, mit anderen Akteuren eine umfassende, wenn notwendig auch aufsuchende Beratungsstruktur auszubauen. Und damit alle jungen Menschen die bestmögliche Unterstützung aus einer Hand erhalten, haben wir die mittlerweile 353 rechtskreisübergreifend arbeitenden Jugendberufsagenturen in ganz Deutschland etabliert, die wir weiter stärken und verbindlicher machen wollen.

Weiter wollen wir Beschäftigte in allen Phasen ihres Erwerbslebens aktiv unterstützen. Dafür haben wir einen Rechtsanspruch auf Weiterbildungsberatung eingeführt und die Weiterbildungsförderung für Beschäftigte insgesamt verbessert. Wichtig ist für uns eine frühzeitige und niedrighschwellige Beratung und ein übersichtlicher Zugang zur Förderung. Hieran werden wir auch weiterhin arbeiten.

Unser Gesundheitssystem bringen wir mit den Digitalisierungsgesetzen endlich auf die Höhe der Zeit und erleichtern den Zugang zu Leistungen und Informationen. Durch benutzerfreundliche Vernetzung wird die patientenorientierte Versorgung auf ein neues Level gehoben. Über die elektronische Patientenakte haben Patient:innen endlich die Möglichkeit, auf ihre vorhandenen Gesundheitsdaten zuzugreifen – bei höchstem Datenschutzstandard und gleichzeitig anwenderfreundlich und für jeden verständlich. Das bringt Transparenz und Sicherheit. Für mehr Transparenz sorgen wir auch in der stationären Versorgung. Im Verlauf dieses Jahres wird das Bundesministerium für Gesundheit dazu ein Krankenhaustransparenzverzeichnis veröffentlichen, das detailliert Auskunft über das Leistungsgeschehen der Krankenhäuser in Deutschland geben wird und eine Vergleichbarkeit ermöglicht.

Mit den darüber hinaus geplanten Reformen bei der ambulanten Versorgung, bei der Krankenhausversorgung und bei der Notfallversorgung verbessern wir unser Gesundheitswesen grundlegend. Viele gute Ansätze wurden in den vergangenen Jahren beispielsweise im Rahmen von Innovationsfondsprojekten getestet. Sie sind reif für die Umsetzung, denn sie machen die Versorgung besser und für die Menschen einfacher. In vernetzten Strukturen vor Ort wird die Behandlung, Beratung und Hilfe optimiert – und zwar über Sektorengrenzen hinaus. Ambulante und stationäre Versorgung wachsen zusammen, unterstützt durch digitale Lösungen. Dabei stehen die Patient:innen und ihre Bedürfnisse im Mittelpunkt. Sie werden unbürokratisch durch das System gelotst und behalten dank ihrer elektronischen Patientenakte jederzeit den Überblick. Vom Patientenservice zum Bürgerservice – weil wir den Menschen das Leben leichter machen wollen.

Mit der Kindergrundsicherung wollen wir zum einen Kinder besser vor Armut schützen und ihnen mehr gesellschaftliche Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Wir wollen Familien von Bürokratie entlasten, indem alle Familienleistungen – soweit möglich – automatisch ausgezahlt, einfach beantragt und gewährt werden können.

Die Reform des Sozialstaates ist nicht nur aufgrund der unterschiedlichen Zuständigkeiten und der verschiedenen Ebenen ein Projekt, das mehrere Jahre umfasst und die Expertise aus der Praxis benötigt. Die SPD-Bundestagsfraktion wird sich in den nächsten Monaten in zahlreichen Dialogformaten intensiv mit der Umsetzung beschäftigen.